

# PRESSEMITTEILUNG



## Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen

### Reformgesetz zur Krankenhausfinanzierung ist Scheinangebot

**Dresden, 25.09.08: Viel wurde versprochen, aber nur wenig wurde verändert. Die Budgets bleiben, auch wenn sie jetzt anders heißen. Und die versprochene Refinanzierung der Tarifsteigerungen und die Einstellung neuer Pflegekräfte bleiben weit hinter den Versprechungen der Bundesgesundheitsministerin zurück. Zu dieser Schlussfolgerung kommt das Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen in Dresden. Umso wichtiger ist die heutige Demonstration in Berlin.**

So gebe es 2009 nur die Hälfte der Tarifsteigerungen. Und auch die 'neuen' Pflegekräfte würden nur zu 70 Prozent finanziert. Den Rest müssten die Krankenhäuser, die schon heute unter einer Finanzierungslücke von 6,7 Mrd. Euro leiden, selbst aufbringen - und sei es durch Entlassung bisheriger Mitarbeiter. Doch das Ende der Fahnenstange bei Personaleinsparungen ist in Sachsen schon lange erreicht. Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter ist so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Von einer Ost-West-Angleichung der Gehälter ganz zu schweigen.

16 Jahre nach Einführung der Budgets und fünf Jahre nachdem die Politik mit der Einführung des Fallpauschalensystems die Abschaffung des Deckels versprochen hatte, sei mit diesem Gesetzentwurf ein erbärmlicher Formelkompromiss ohne Perspektive und Zukunft für die Krankenhäuser vorgelegt worden. „Der Entwurf ist nur ein Scheinangebot, um die Mitarbeiter in den Krankenhäusern ruhig zustellen.“, so Dr. Michael Nitschke-Bertaud, Moderator des Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen. Und Dr. Stephan Helm, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Sachsen, weist darauf hin, dass „der Freistaat Sachsen seiner originären Investitionsverpflichtung nachkommen muss, da diese nicht in sachgerechter Höhe vorhanden ist“.

Wenn aber die Kliniken nicht endlich auf eine tragfähige Refinanzierung ihrer Kosten vertrauen können, ist die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Krankenhausleistungen in Sachsen massiv gefährdet.

Es ist festzustellen, dass sich die Lage vieler sächsischer Krankenhäuser in den letzten Jahren trotz intensiver Bemühungen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit nachweislich deutlich verschlechtert hat, da die Potentiale ausgeschöpft sind. Zu fordern ist deshalb:

1. Eine ausreichende Abbildung aller Kosten (dazu gehören insbes. Personalkosten, ärztliche Aus- und Weiterbildung u.a.) in den Landesbasisfallwerten mit automatischer Anpassung von Tarifveränderungen und allgemeiner Preisentwicklung (z.B. Energiekosten).
2. Zusätzliche Finanzierung von Leistungszuwächsen infolge Morbidität sowie Mehraufwand des medizinischen Fortschritts.
3. Keine Aufgabe des staatlichen Sicherstellungsauftrags, die Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung muss in der Verantwortung der Länder bleiben.
4. Keine Einschränkung des Kontrahierungszwangs für bestimmte Leistungskomplexe durch Einzelverträge.
5. Eine wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch Investitionsförderung.
6. Eine zeitnahe Auswertung für die schrittweise Einführung eines Bundesbasisfallwertes.

Was ist das Sächsische Bündnis Gesundheit?

Als Reaktion der verfassten Ärzteschaft auf das überstürzte Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur Gesundheitsreform im Jahre 2000 wurde am 14. Juli 1999 in Dresden ein Sächsisches Aktionsbündnis ärztlicher und nichtmedizinischer Berufe gegründet. Seit dem arbeiten kontinuierlich 36 Berufsverbände, Vereine, Körperschaften und Patientenvertreter in diesem Bündnis zusammen.

Ziel des Bündnisses ist es, eine breite Öffentlichkeit von Patienten, Gesundheitsberufen und Politikern landesweit über Regierungspläne zur Gesundheitsreform zu informieren und zu sensibilisieren, wenn es sich um eine systemverändernde Strukturreform handelt, die das Versorgungs- und Betreuungsniveau in Deutschland gefährdet.

Das Sächsische Bündnis Gesundheit 2000 will weiterhin einen konstruktiven Dialog führen, um mit Sachverstand, Konzepten und Alternativen notwendige Reformen im Gesundheitswesen voranzubringen.

Kontaktanschrift  
Sächsische Landesärztekammer  
Schützenhöhe 16  
01099 Dresden

Telefon: 0351 – 82 67 160  
Fax: 0351 – 82 67 162  
Email: presse@slaek.de